

Protokoll 156. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 1. Oktober 2025, 17.00 Uhr bis 22.02 Uhr, im Rathaus Hard in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Christian Huser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Simon Kälin-Werth (Grüne)

Anwesend: 117 Mitglieder

Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Nadina Diday (SP), Anthony Goldstein (FDP), Dafi Muharemi (SP), Dr. Patricia Petermann Loewe (SP), Jehuda Spielman (FDP), Patrick Tscherrig (SP), Susan Wiget (AL)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1.		Mitteilungen	
2.	2025/172	Geschäftsleitung, Wahl eines Mitglieds nach dem Rücktritt von Martina Novak (GLP) für den Rest des Amtsjahres 2025/2026	
3.	2025/390 *	Weisung vom 10.09.2025: Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029	FV
4.	2025/391 *	Weisung vom 10.09.2025: Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2026 (Detailbudgets und Glo- balbudgets), Kapitalaufnahmen 2026; Globalbudgetverordnung (GBVO), Teilrevision	STR
5.	2025/409 *	Weisung vom 17.09.2025: Departement der Industriellen Betriebe, Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende», Ablehnung	VIB
6.	2025/413 *	Weisung vom 17.09.2025: Sozialdepartement, Massnahmenplan Frühe Förderung 2026–2031 der Stadt Zürich, Bericht	VS
7.	2025/397 * E	Postulat von Patrick Tscherrig (SP), Murat Gediz (FDP), Felix Moser (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 10.09.2025: Schwamendinger Chilbi, Erlass der wiederkehrenden Gebühren und der Kosten für die Dienstleistungen der städtischen Dienstabteilungen	VSI

8.	2025/421	* E	Postulat von Thomas Hofstetter (FDP), Stéphane Braune (FDP) und Patrik Brunner (FDP) vom 17.09.2025: Rasche Wiederinbetriebnahme des provisorischen Kreisels an der Birch-/Regensbergstrasse und Überführung in einen dauerhaften Zustand	VTE
9.	2025/422	* E	Postulat von Stéphane Braune (FDP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP) und Yasmine Bourgeois (FDP) vom 17.09.2025: Driving-Range beim Dolder, Erhalt als Golfplatz für den Breitensport	VTE
10.	2025/424	* A	Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Johann Widmer (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 17.09.2025: Sofortige Räumung aller besetzten Häuser in der Stadt	VSI
11.	2025/425	* A	Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 17.09.2025: Verzicht auf die Eröffnung einer Kontakt- und Anlaufstelle (K&A) für Personen mit Wohnsitz ausserhalb der Stadt	VS
12.	2025/426	* A	Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 17.09.2025: Auflösung der offenen Drogenszenen rund um die Bäckeranlage und beim Hauptbahnhof mit ständigen Personenkontrollen und Wegweisungen von Freebase- und Crack-Konsumierenden	VSI
13.	2025/207		Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2024	OMB
13. 15.	2025/207 2025/178		Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2024 Weisung vom 07.05.2025: Tiefbauamt, Strassenbauprojekt Heimplatz, gestalterische und verkehrsplanerische Aufwertung, Projektierung, Zusatzkredit	OMB VTE
		E	Weisung vom 07.05.2025: Tiefbauamt, Strassenbauprojekt Heimplatz, gestalterische und	
15.	2025/178	E	Weisung vom 07.05.2025: Tiefbauamt, Strassenbauprojekt Heimplatz, gestalterische und verkehrsplanerische Aufwertung, Projektierung, Zusatzkredit Postulat der Grüne-, SP-, GLP- und AL-Fraktion vom 24.09.2025: Gestaltung der Tramhaltestelle an der Rämistrasse beim Heimplatz, Verschiebung der Tramgleise nach Osten und Signalisierung von Tempo 30 mindestens im Bereich des	VTE

19.	2025/419	E	Postulat von Florine Angele (GLP), Nadina Diday (SP) und Julia Hofstetter (Grüne) vom 17.09.2025: Budgetierung der Beiträge bei einer Fortführung der internationalen Klimafinanzierung auf der Grundlage der aktuellen Zahlen des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE)	VGU
20.	2025/306		Weisung vom 09.07.2025: Stadtspital Zürich, Haus 8, nutzungsspezifische Anpassungen, neue einmalige Ausgaben	VGU VHB
21.	2025/279	Α	Dringliche Motion von Flurin Capaul (FDP) und Ivo Bieri (SP) vom 02.07.2025: Teilrevision des regionalen Richtplans betreffend Ergänzung der Tabelle 3.4 «Regionale Ausflugsziele» mit den Ausgabestellen Imbiss Riviera und Bistro & Grill am See sowie der Tabelle 2.6 mit dem Entwicklungsziel «Gastronomie» auf dem Gebiet des Utoquais	VHB
22.	2025/281	A	Dringliches Postulat von Flurin Capaul (FDP), Ivo Bieri (SP) und 48 Mitunterzeichnenden vom 02.07.2025: Kioske beim rechten Brückenkopf der Quaibrücke, Verlängerung der gültigen Baukonzession bzw. Bewilligung und Verlängerung sämtlicher Rechtsverhältnisse bis zum Abschluss des ordentlichen Konzessionsverfahrens	FV
23.	2025/282	A	Postulat von Ivo Bieri (SP) und Flurin Capaul (FDP) vom 02.07.2025: Verpflegungskioske und Ausgabestellen mit festem Standort in See- und Flussuferanlagen, Ergänzung des städtischen Reglements über die Benutzung des öffentlichen Grunds (Benutzungsordnung; AS-Nr. 551.210)	VSI
24.	2025/283	Α	Postulat von Ivo Bieri (SP) und Flurin Capaul (FDP) vom 02.07.2025: Verleihung des Rechts zur Nutzung des öffentlichen Grunds beidseits des rechten Brückenkopfs der Quaibrücke für den Betrieb zweier Kioske, Prüfung einer öffentlichen Ausschreibung oder Abschluss eines neuen Mietvertrags mit den bestehenden Betreibern	FV
25.	2025/284	Α	Postulat von Ivo Bieri (SP) und Flurin Capaul (FDP) vom 02.07.2025: Gesuch um Erteilung einer Baukonzession bzw. einer Bewilligung zur Betreibung je eines Kiosks beidseits des rechten Brückenkopfs der Quaibrücke bis mindestens 31. Dezember 2035 sowie Vermietung an einen privaten Betreiber bzw. Abgabe im Baurecht	VTE
26.	2025/229	A/P	Dringliche Motion von Markus Knauss (Grüne) und Moritz Bögli (AL) vom 11.06.2025: Ausreichend dotierte Provenienzforschung der Kunstwerke der Sammlung Bührle im Kunsthaus	STP

27.	2025/309 E/#	Dringliche Motion der SP-Fraktion vom 09.07.2025: Ausreichend dotierte Provenienzforschung der Kunstwerke der Sammlung Bührle im Kunsthaus unter grösstmöglicher Unabhängigkeit und einer strukturellen und nachhaltigen Qualitätssicherung der Forschung	STP
28.	2024/520 A/F	Motion von Sven Sobernheim (GLP), Pascal Lamprecht (SP) und Ivo Bieri (SP) vom 13.11.2024:	STP

Veröffentlichung von amtlichen Publikationen in digitaler oder gedruckter Form auch durch Dritte, Anpassung der Publikationsverordnung (PubV)

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

5182. 2025/407

Ratsmitglied Simon Diggelmann (SP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Simon Diggelmann (SP 4 und 5) auf den 3. Oktober 2025 bekannt und würdigt die Amtstätigkeit.

5183. 2025/442

Ratsmitglied Martina Novak (GLP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Martina Novak (GLP 7 und 8) auf den 2. Oktober 2025 bekannt und würdigt die Amtstätigkeit.

5184. 2025/441

Ratsmitglied Christina Horisberger (SP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Christina Horisberger (SP 1 und 2) auf den 10. Oktober 2025 bekannt und würdigt die Amtstätigkeit.

Der Ratspräsident Christian Huser (FDP) gibt die Absetzung des folgenden Geschäfts von der heutigen Tagliste bekannt:

 TOP 14, GR Nr. 2025/65, Weisung vom 26.02.2025: Tiefbauamt, Strassenbauprojekt Rosengarten- und Bucheggstrasse, Ausbau- und Aufwertungsmassnahmen, Priorisierung des öffentlichen Verkehrs, neue einmalige Ausgaben

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

^{*} Keine materielle Behandlung

Postulat von Guy Krayenbühl (GLP), Marco Denoth (SP), Roger Meier (FDP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 24.09.2025:

Ferien- und Sportzentrum Hoch-Ybrig AG, Verzicht auf einen Verkauf der Beteiligung

Guy Krayenbühl (GLP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 22. Oktober 2025 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

5186. 2025/455

Erklärung der SP-Fraktion vom 01.10.2025: Entlastung des Mittelstandes

Namens der SP-Fraktion verliest Oliver Heimgartner (SP) folgende Fraktionserklärung:

Der Mittelstand braucht dringend Entlastung

Am vergangenen Sonntag haben die Stimmberechtigten in der Stadt Zürich ein deutliches Signal gesendet: Die steigenden Mieten, die explodierenden Krankenkassenprämien, die steigenden Billetpreise und die hohen Kinderbetreuungstaxen sind schlicht nicht mehr tragbar. Die Bevölkerung möchte, dass es jetzt endlich mal in die andere Richtung geht.

Mit dem deutlichen Ja zu unserer Volksinitiative «VBZ-Jahresabo für 365 Franken» ist der erste Schritt in Richtung eines grossen Kaufkraftpakets für den Mittelstand nun geschafft. Doch wenn die Prämien wie nun bekannt ist, auch aufs nächste Jahr schon wieder um mehrere hundert Franken steigen, dann ist klar, dass es auch unsere Prämienentlastungsinitiative dringend braucht, die Ende November zur Abstimmung kommt. Nur so kann diese massive Kostensteigerung für den Mittelstand etwas abgefedert werden.

Wir freuen uns zudem, dass wir hier im Rat im Moment überparteilich eine grosse Entlastung bei den Kinderbetreuungsgebühren erarbeiten, die Familien spürbar entlasten wird.

Der grösste Kaufkraftkiller in unserer Stadt sind aber mit Abstand die renditeorientierten Immobilien-AGs, die Wohnung um Wohnung in unserer Stadt übernehmen und die Mieten verdoppeln. Es gibt keine Alternative dazu, sie aus der Stadt Zürich zurückzudrängen, indem die Stadt massiv mehr Wohnraum für die Allgemeinheit sichert. Statt einer Reduktion des Kaufbudgets braucht die Bevölkerung eine Verdoppelung der Anstrengungen der Stadt und aller Wohnbaustiftungen in Zusammenarbeit mit den Genossenschaften, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Die Bevölkerung kann sich darauf verlassen, dass die SP nicht lockerlassen wird, bis das Kaufkraftpaket für den Mittelstand umgesetzt ist und der Mietwucher in unserer Stadt endlich aufhört.

An die Adresse der rechten Ratsseite erlauben wir uns noch eine Bitte: Entscheidet euch, ob die Stadt Zürich kurz vor dem Ruin steht, wie euer Stadtpräsidiumskandidat diese Woche der NZZ erklärte oder ob das Geld für eine Steuersenkung um 10 Prozentpunkte vorhanden ist, wie es derselbe Kandidat vor ein paar Monaten seinen Wähler:innen versprochen hat. Wir sind uns sicher, dass eine gewisse Klarheit diesbezüglich auch in den Chefetagen der Grosskonzerne an der Bahnhofstrasse – die ja bei einer Steuersenkung mit Abstand am meisten profitieren würden – erwünscht wäre, bevor sie über ihre Wahlkampfspenden an die FDP entscheiden.

5187. 2025/456

Erklärung der SVP-Fraktion vom 01.10.2025: Steuererhöhungen und Zersetzung des Mittelstandes

Namens der SVP-Fraktion verliest Samuel Balsiger (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Verantwortungslose Klientel-Politik der Linken:

Steuererhöhungen und Zersetzung des Mittelstandes drohen

Nächstes Jahr finden die Parlamentswahlen in Zürich statt. Es sind Personenwahlen und deshalb verteilen die linken Politiker eifrig «Geschenke» an ihre Polit-Klientel. Das ist eine kleine Gruppe von Günstlingen, die von den extrem teuren Zuwendungen profitieren. Mit der tiefen Stimmbeteiligung reicht dies Rotgrün schon für den Machterhalt. Leidtragend ist die arbeitstätige Bevölkerung, die zu hohe Steuern und Produktepreise bezahlen muss.

Hier ein paar Hundert Millionen Steuerfranken für dieses linke Klientel, dort noch ein paar Hundert Millionen Steuerfranken an Zuwendungen. Die Strategie funktionierte bislang für die Linken: Der Kapitalismus häuft Unsummen von Gelder an, wodurch die Weiterleitung ins Klientel-System niemanden gross auffiel oder störte. Bis auf die SVP: Wir kritisieren seit vielen Jahren die unsauberen Geldflüsse der linken Klientel-Politik auf Kosten der Steuerzahler.

Der Bürger weiss besser als der Staat, wie er mit seinem verdienten Geld umgehen will. Ein Steuersatz von 119 Prozent in einer Stadt, die innert weniger Jahren mindestens über 1 Milliarde Steuerfranken zu viel einnimmt, ist nicht nachvollziehbar. Ein Steuersatz darf maximal 100 Prozent betragen (wir zahlen doch nicht mehr als 100 Prozent eines Preises für staatliche oder sonstige Leistungen). Warum sollen die Bürger die Unfähigkeit der Exekutiv-Politiker mit überhöhten Steuern bezahlen?

Die Linken übertreiben jedoch mit den Zuwendungen an ihr Klientel so masslos, dass nun auch der grüne Finanzvorsteher vor Steuererhöhungen und einen Zusammenbruch des Kartenhauses warnt: «Dann müssen wir ernsthaft über eine Steuererhöhung diskutieren». Zudem zahlt am Schluss immer der Konsument mit höheren Preisen. Also die unnötige Bürokratie und die Abzocke der Firmen durch den Staat führt zu Preissteigerungen bei allen Produkten. Ergebnis einer wirtschaftsfeindlichen Weltsicht und Klientel-Politik der Linken.

Die SVP fordert mit allem Nachdruck: Alle unnötigen Ausgaben müssen sofort gestoppt und aufschiebbare Ausgaben, die über 5 Millionen Gesamtkosten betragen, müssen auf Eis gelegt werden. Und zwar so lange, bis eine Steuersenkung auf 99 Prozentpunkte langfristig finanziert ist und es Null Franken Aufwandsüberschüsse gibt. Auch gilt es, alle unnötigen staatliche Regulierungen aufzuheben.

Geschäfte

5188. 2025/172

Geschäftsleitung, Wahl eines Mitglieds nach dem Rücktritt von Martina Novak (GLP) für den Rest des Amtsjahres 2025/2026

Es wird gewählt:

Patrick Stählin (GLP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

5189. 2025/390

Weisung vom 10.09.2025:

Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2026-2029

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 29. September 2025

5190. 2025/391

Weisung vom 10.09.2025:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2026 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2026; Globalbudgetverordnung (GBVO), Teilrevision

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 29. September 2025

Weisung vom 17.09.2025:

Departement der Industriellen Betriebe, Volksinitiative «ewz-Bonus für alle – 80 Millionen Franken Volksdividende», Ablehnung

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 29. September 2025

5192. 2025/413

Weisung vom 17.09.2025:

Sozialdepartement, Massnahmenplan Frühe Förderung 2026–2031 der Stadt Zürich, Bericht

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 29. September 2025

5193. 2025/397

Postulat von Patrick Tscherrig (SP), Murat Gediz (FDP), Felix Moser (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 10.09.2025:

Schwamendinger Chilbi, Erlass der wiederkehrenden Gebühren und der Kosten für die Dienstleistungen der städtischen Dienstabteilungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Moritz Bögli (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5194. 2025/421

Postulat von Thomas Hofstetter (FDP), Stéphane Braune (FDP) und Patrik Brunner (FDP) vom 17.09.2025:

Rasche Wiederinbetriebnahme des provisorischen Kreisels an der Birch-/Regensbergstrasse und Überführung in einen dauerhaften Zustand

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Sven Sobernheim (GLP) stellt namens der GLP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Postulat von Stéphane Braune (FDP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP) und Yasmine Bourgeois (FDP) vom 17.09.2025:

Driving-Range beim Dolder, Erhalt als Golfplatz für den Breitensport

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Tanja Maag (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5196. 2025/424

Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Johann Widmer (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 17.09.2025:

Sofortige Räumung aller besetzten Häuser in der Stadt

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Johann Widmer (SVP) vom 24. September 2025 (vergleiche Beschluss-Nr. 5139/2025)

Die Dringlicherklärung wird von 32 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

5197. 2025/425

Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 17.09.2025:

Verzicht auf die Eröffnung einer Kontakt- und Anlaufstelle (K&A) für Personen mit Wohnsitz ausserhalb der Stadt

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Samuel Balsiger (SVP) vom 24. September 2025 (vergleiche Beschluss-Nr. 5140/2025)

Die Dringlicherklärung wird von 56 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

5198. 2025/426

Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Michele Romagnolo (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 17.09.2025:

Auflösung der offenen Drogenszenen rund um die Bäckeranlage und beim Hauptbahnhof mit ständigen Personenkontrollen und Wegweisungen von Freebase- und Crack-Konsumierenden

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Samuel Balsiger (SVP) vom 24. September 2025 (vergleiche Beschluss-Nr. 5141/2025)

Die Dringlicherklärung wird von 49 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

5199. 2025/207

Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2024

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat in Anwendung von Art. 63 Abs. 1 lit. d der Geschäftsordnung des Gemeinderats den Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2024 geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 22. September 2025).

Referat zur Vorstellung des Berichts: Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt, den Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2024 abzunehmen.

Mehrheit: Referat: Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Roland Hurschler (Grüne), Präsidium;

Sanija Ameti (Parteilos), Martin Busekros (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP),

Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Abwesend: Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 96 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2024 wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

Derek Richter (SVP) stellt den Ordnungsantrag auf normale Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2025/178 und 2025/435 und Verzicht auf reduzierte Debatte gemäss Beschluss der GL.

Der Rat stimmt dem Beschluss der GL mit 76 zu 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

5200. 2025/178

Weisung vom 07.05.2025:

Tiefbauamt, Strassenbauprojekt Heimplatz, gestalterische und verkehrsplanerische Aufwertung, Projektierung, Zusatzkredit

Antrag des Stadtrats

Für die Projektierung des Strassenbauprojekts Heimplatz, gestalterische und verkehrsplanerische Aufwertung, wird zum Projektierungskredit von Fr. 1 734 000.– gemäss STRB Nr. 3635/2023 ein Zusatzkredit von Fr. 1 517 000.– bewilligt. Der Projektierungskredit beträgt somit insgesamt Fr. 3 251 000.– (Preisstand 1. April 2021, Schweizerischer Baupreisindex, Tiefbau, Grossregion Zürich).

Referat zur Vorstellung der Weisung: Markus Knauss (Grüne), Präsidium

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für die Projektierung des Strassenbauprojekts Heimplatz, gestalterische und verkehrsplanerische Aufwertung, wird zum Projektierungskredit von Fr. 1 734 000.– gemäss STRB Nr. 3635/2023 ein Zusatzkredit von <u>Fr. 1 517 000.</u>– Fr. 1 817 000.– bewilligt. Der Projektierungskredit beträgt somit insgesamt <u>Fr. 3 251 000.</u>– Fr. 3 551 000.– (Preisstand 1. April 2021, Schweizerischer Baupreisindex, Tiefbau, Grossregion Zürich).

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Niyazi Erdem (SP) i. V. von Oliver

Heimgartner (SP), Anna Graff (SP), Severin Meier (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) i. V. von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Michael Schmid (AL), Sven Sobernheim (GLP)

i. V. von Guy Krayenbühl (GLP)

Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli

(FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Stephan Iten (SVP)

Abwesend: Reis Luzhnica (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Niyazi Erdem (SP) i. V. von Oliver

Heimgartner (SP), Anna Graff (SP), Severin Meier (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) i. V. von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Michael Schmid (AL), Sven Sobernheim (GLP)

i. V. von Guy Krayenbühl (GLP)

Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli

(FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Stephan Iten (SVP)

Abwesend: Reis Luzhnica (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 41 (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Für die Projektierung des Strassenbauprojekts Heimplatz, gestalterische und verkehrsplanerische Aufwertung, wird zum Projektierungskredit von Fr. 1 734 000.— gemäss STRB Nr. 3635/2023 ein Zusatzkredit von Fr. 1 817 000.— bewilligt. Der Projektierungskredit beträgt somit insgesamt Fr. 3 551 000.— (Preisstand 1. April 2021, Schweizerischer Baupreisindex, Tiefbau, Grossregion Zürich).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 8. Oktober 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2025)

5201. 2025/435

Postulat der Grüne-, SP-, GLP- und AL-Fraktion vom 24.09.2025: Gestaltung der Tramhaltestelle an der Rämistrasse beim Heimplatz, Verschiebung der Tramgleise nach Osten und Signalisierung von Tempo 30 mindestens im Bereich des Strassenprojekts

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5169/2025).

Derek Richter (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 70 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5202. 2025/348

Weisung vom 22.08.2025:

Tiefbauamt, Ersatzneubau Rathausbrücke über die Limmat, Zusatzkredit

Michael Schmid (FDP) stellt den Ordnungsantrag auf normale Behandlung des Geschäfts und Verzicht auf reduzierte Debatte gemäss Beschluss der GL.

Der Rat stimmt dem Antrag der GL mit 77 zu 36 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Antrag des Stadtrats

- Für den Ersatzneubau der Rathausbrücke über die Limmat wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 58 345 000.

 gemäss Beschluss der Stimmberechtigten vom 24. November 2024 (GR Nr. 2024/100) ein Zusatzkredit von Fr. 18 600 000.

 bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 76 945 000.

 (Preisstand 1. Oktober 2023, Schweizerischer Baupreisindex, Tiefbau, Grossregion Zürich).
- 2. Die Ausgaben stehen unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Konzession und Bewilligung durch das kantonale Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Markus Knauss (Grüne), Präsidium

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1-2.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Niyazi Erdem (SP) i. V. von Oliver

Heimgartner (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Severin Meier (SP),

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) i. V. von Dr. Roland Hohmann (Grüne),

Michael Schmid (AL), Sven Sobernheim (GLP) i. V. von Guy Krayenbühl (GLP)

Minderheit: Referat: Derek Richter (SVP); Stephan Iten (SVP)

Enthaltung: Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP)

Abwesend: Reis Luzhnica (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 14 (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

- Für den Ersatzneubau der Rathausbrücke über die Limmat wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 58 345 000.

 gemäss Beschluss der Stimmberechtigten vom 24. November 2024 (GR Nr. 2024/100) ein Zusatzkredit von Fr. 18 600 000.

 bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 76 945 000.

 (Preisstand 1. Oktober 2023, Schweizerischer Baupreisindex, Tiefbau, Grossregion Zürich).
- 2. Die Ausgaben stehen unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Konzession und Bewilligung durch das kantonale Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 8. Oktober 2025 gemäss Art. 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2025)

5203. 2025/45

Weisung vom 05.02.2025:

Motion von Julia Hofstetter und Barbara Wiesmann betreffend Realisierung von CO2-Reduktionen durch eine internationale Klimafinanzierung im Umfang von 10 Prozent des jährlichen CO2-Ausstosses der Stadt Zürich, Pilotprojekt Internationale Klimafinanzierung Zürich, neue einmalige Ausgaben, Nachtragskredit, Abschreibung

Antrag des Stadtrats

 Für die Vorbereitung und anschliessende Umsetzung des fünfjährigen «Pilotprojekts Internationale Klimafinanzierung Zürich» werden neue einmalige Ausgaben von 6 Millionen Franken bewilligt. Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

2. Im Budget 2025 (Stadtentwicklung [1505]) werden folgende Positionen erhöht:

Konto	bisher (in Fr.)	Erhöhung (in Fr.)	neu (in Fr.)
(1505) 3010 00 000, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	6 117 000	29 000	6 146 000
(1505) 3050 00 000, AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	371 700	2 000	373 700
(1505) 3052 00 000, AG-Beiträge an Pensions- kassen	834 500	4 000	838 500
(1505) 3130 00 000, Dienstleistungen Dritter	1 705 000	70 000	1 775 000
Total	9 111 300	105 000	9 216 300

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Die Motion GR Nr. 2022/338 von Julia Hofstetter (Grüne) und Barbara Wiesmann (SP) vom 13. Juli 2022 betreffend Realisierung von CO₂-Reduktionen durch eine internationale Klimafinanzierung im Umfang von 10 Prozent des jährlichen CO₂-Ausstosses der Stadt Zürich wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Pascal Lamprecht (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Änderungsanträge 1-2 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

 Für die Vorbereitung und anschliessende Umsetzung des fünfjährigen «Pilotprojekts Internationale Klimafinanzierung Zürich» werden neue einmalige Ausgaben von 6 Millionen Franken Millionen Franken bewilligt.

Die Minderheit 1 der SK GUD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

 Für die Vorbereitung und anschliessende Umsetzung des fünfjährigen «Pilotprojekts Internationale Klimafinanzierung Zürich» werden neue einmalige Ausgaben von <u>6 Millionen Franken</u> bewilligt.

Die Minderheit 2 der SK GUD beantragt Ablehnung der Änderungsanträge.

Mehrheit: Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sandro Gähler (SP), Dafi

Muharemi (SP), Patrick Stählin (GLP)

Minderheit 1: Referat: Yves Henz (Grüne); Sophie Blaser (AL) i. V. von Susan Wiget (AL)
Minderheit 2: Referat: Thomas Hofstetter (FDP); Murat Gediz (FDP), Yves Peier (SVP), Deborah

Wettstein (FDP)

Abwesend: Referat Mehrheit: Pascal Lamprecht (SP)

Vakant: 1 Sitz (Die Mitte/EVP)

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2 41 Stimmen

Antrag Mehrheit 54 Stimmen

Antrag Minderheit 1 <u>18 Stimmen</u>

Total 113 Stimmen

= absolutes Mehr 57 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 73 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

 Das Pilotprojekt umfasst Massnahmen zur Mitigation, zur Anpassung sowie zur Deckung von Verlusten und Schäden gemäss dem Pariser Klimaabkommen.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sophie Blaser (AL) i. V. von

Susan Wiget (AL), Sandro Gähler (SP), Yves Henz (Grüne), Dafi Muharemi (SP), Patrick

Stählin (GLP)

Minderheit: Referat: Yves Peier (SVP); Murat Gediz (FDP), Thomas Hofstetter (FDP), Deborah

Wettstein (FDP)

Abwesend: Referat Mehrheit: Pascal Lamprecht (SP)

Vakant: 1 Sitz (Die Mitte/EVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 3 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

<u>3.</u> <u>Die Förderbeiträge dürfen nur an nicht gewinnorientierte Organisationen vergeben</u> werden.

Mehrheit: Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sandro Gähler (SP), Murat

Gediz (FDP), Yves Henz (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Dafi Muharemi (SP), Yves

Peier (SVP), Patrick Stählin (GLP), Deborah Wettstein (FDP)

Minderheit: Sophie Blaser (AL) i. V. von Susan Wiget (AL), Referat

Abwesend: Referat Mehrheit: Pascal Lamprecht (SP)

Vakant: 1 Sitz (Die Mitte/EVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 8 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 4 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

4. <u>Die im Rahmen des Pilotprojekts geförderten Projekte beinhalten messbare und konkrete Ziele, die sowohl den Klimawandel und den Verlust der Artenvielfalt als auch die nachhaltige Entwicklung adressieren.</u>

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sophie Blaser (AL) i. V. von

Susan Wiget (AL), Sandro Gähler (SP), Yves Henz (Grüne), Dafi Muharemi (SP), Patrick

Stählin (GLP)

Minderheit: Referat: Yves Peier (SVP); Murat Gediz (FDP), Thomas Hofstetter (FDP), Deborah

Wettstein (FDP)

Abwesend: Referat Mehrheit: Pascal Lamprecht (SP)

Vakant: 1 Sitz (Die Mitte/EVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsanträge, neue Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 5 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

<u>Die durch das Pilotprojekt eingesparten Treibhausgasemissionen werden an die Netto-Null-Bilanz der Stadt Zürich im Bereich der indirekten Emissionen angerechnet.</u>

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 5 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

 Die Klimafinanzierung darf der Netto-Null-Bilanz der Stadt Zürich nicht angerechnet werden.

Mehrheit: Referat: Florine Angele (GLP); Murat Gediz (FDP), Thomas Hofstetter (FDP), Yves Peier

(SVP), Patrick Stählin (GLP), Deborah Wettstein (FDP)

Minderheit: Referat: Yves Henz (Grüne); Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL) i. V.

von Susan Wiget (AL), Sandro Gähler (SP), Dafi Muharemi (SP)

Abwesend: Pascal Lamprecht (SP)
Vakant: 1 Sitz (Die Mitte/EVP)

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat 0 Stimmen

Antrag Mehrheit 51 Stimmen

Antrag Minderheit <u>57 Stimmen</u>

Total 108 Stimmen

= absolutes Mehr 55 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit zugestimmt.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1-4

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–4.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–4.

Mehrheit: Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sophie Blaser (AL) i. V. von

Susan Wiget (AL), Sandro Gähler (SP), Yves Henz (Grüne), Dafi Muharemi (SP), Patrick

Stählin (GLP)

Minderheit: Referat: Yves Peier (SVP); Murat Gediz (FDP), Thomas Hofstetter (FDP), Deborah

Wettstein (FDP)

Abwesend: Referat Mehrheit: Pascal Lamprecht (SP)

Vakant: 1 Sitz (Die Mitte/EVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. a und c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 40 (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5 (bisher Dispositivziffer 2)

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sophie Blaser (AL) i. V. von

Susan Wiget (AL), Sandro Gähler (SP), Yves Henz (Grüne), Dafi Muharemi (SP), Patrick

Stählin (GLP)

Minderheit: Referat: Yves Peier (SVP); Murat Gediz (FDP), Thomas Hofstetter (FDP), Deborah

Wettstein (FDP)

Abwesend: Referat Mehrheit: Pascal Lamprecht (SP)

Vakant: 1 Sitz (Die Mitte/EVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6 (bisher Dispositivziffer 3)

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sophie Blaser (AL) i. V. von

Susan Wiget (AL), Sandro Gähler (SP), Murat Gediz (FDP), Yves Henz (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Dafi Muharemi (SP), Yves Peier (SVP), Patrick Stählin (GLP), Deborah

Wettstein (FDP)

Abwesend: Referat Zustimmung: Pascal Lamprecht (SP)

Vakant: 1 Sitz (Die Mitte/EVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

- Für die Vorbereitung und anschliessende Umsetzung des fünfjährigen «Pilotprojekts Internationale Klimafinanzierung Zürich» werden neue einmalige Ausgaben von 9 Millionen Franken bewilligt.
- 2. Das Pilotprojekt umfasst Massnahmen zur Mitigation, zur Anpassung sowie zur Deckung von Verlusten und Schäden gemäss dem Pariser Klimaabkommen.
- 3. Die im Rahmen des Pilotprojekts geförderten Projekte beinhalten messbare und konkrete Ziele, die sowohl den Klimawandel und den Verlust der Artenvielfalt als auch die nachhaltige Entwicklung adressieren.
- 4. Die Klimafinanzierung darf der Netto-Null-Bilanz der Stadt Zürich nicht angerechnet werden.

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

5. Im Budget 2025 (Stadtentwicklung [1505]) werden folgende Positionen erhöht:

Konto	bisher (in Fr.)	Erhöhung (in Fr.)	neu (in Fr.)
(1505) 3010 00 000, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	6 117 000	29 000	6 146 000
(1505) 3050 00 000, AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	371 700	2 000	373 700
(1505) 3052 00 000, AG-Beiträge an Pensions- kassen	834 500	4 000	838 500
(1505) 3130 00 000, Dienstleistungen Dritter	1 705 000	70 000	1 775 000
Total	9 111 300	105 000	9 216 300

Unter Ausschluss des Referendums:

6. Die Motion GR Nr. 2022/338 von Julia Hofstetter (Grüne) und Barbara Wiesmann (SP) vom 13. Juli 2022 betreffend Realisierung von CO₂-Reduktionen durch eine internationale Klimafinanzierung im Umfang von 10 Prozent des jährlichen CO₂-Ausstosses der Stadt Zürich wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 8. Oktober 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2025)

Postulat von Florine Angele (GLP), Nadina Diday (SP) und Julia Hofstetter (Grüne) vom 17.09.2025:

Budgetierung der Beiträge bei einer Fortführung der internationalen Klimafinanzierung auf der Grundlage der aktuellen Zahlen des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Florine Angele (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5117/2025).

Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 74 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5205. 2025/306

Weisung vom 09.07.2025:

Stadtspital Zürich, Haus 8, nutzungsspezifische Anpassungen, neue einmalige Ausgaben

Antrag des Stadtrats

Für die nutzungsspezifischen Anpassungen im Haus 8 des Stadtspitals Zürich werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 5 590 000.– bewilligt (Preisstand 1. Oktober 2024, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Referat zur Vorstellung der Weisung: Patrick Stählin (GLP)

Schlussabstimmung

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Patrick Stählin (GLP); Christian Traber (Die Mitte), Präsidium; Nadina Diday

(SP), Vizepräsidium; Florine Ängele (GLP), Sandro Gähler (SP), Yves Henz (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Deborah Wettstein (FDP), Susan

Wiget (AL)

Enthaltung: Yves Peier (SVP)

Abwesend: Murat Gediz (FDP), Dafi Muharemi (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Antrag der SK GUD mit 106 gegen 0 (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die nutzungsspezifischen Anpassungen im Haus 8 des Stadtspitals Zürich werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 5 590 000.– bewilligt (Preisstand 1. Oktober 2024, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 8. Oktober 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2025)

5206. 2025/279

Dringliche Motion von Flurin Capaul (FDP) und Ivo Bieri (SP) vom 02.07.2025: Teilrevision des regionalen Richtplans betreffend Ergänzung der Tabelle 3.4 «Regionale Ausflugsziele» mit den Ausgabestellen Imbiss Riviera und Bistro & Grill am See sowie der Tabelle 2.6 mit dem Entwicklungsziel «Gastronomie» auf dem Gebiet des Utoquais

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab.

Flurin Capaul (FDP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4802/2025.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Die Dringliche Motion wird mit 88 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5207. 2025/281

Dringliches Postulat von Flurin Capaul (FDP), Ivo Bieri (SP) und 48 Mitunterzeichnenden vom 02.07.2025:

Kioske beim rechten Brückenkopf der Quaibrücke, Verlängerung der gültigen Baukonzession bzw. Bewilligung und Verlängerung sämtlicher Rechtsverhältnisse bis zum Abschluss des ordentlichen Konzessionsverfahrens

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Flurin Capaul (FDP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4804/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 88 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Postulat von Ivo Bieri (SP) und Flurin Capaul (FDP) vom 02.07.2025: Verpflegungskioske und Ausgabestellen mit festem Standort in See- und Flussuferanlagen, Ergänzung des städtischen Reglements über die Benutzung des öffentlichen Grunds (Benutzungsordnung; AS-Nr. 551.210)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Flurin Capaul (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4805/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 86 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5209. 2025/283

Postulat von Ivo Bieri (SP) und Flurin Capaul (FDP) vom 02.07.2025: Verleihung des Rechts zur Nutzung des öffentlichen Grunds beidseits des rechten Brückenkopfs der Quaibrücke für den Betrieb zweier Kioske, Prüfung einer öffentlichen Ausschreibung oder Abschluss eines neuen Mietvertrags mit den bestehenden Betreibern

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Flurin Capaul (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4806/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 86 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5210. 2025/284

Postulat von Ivo Bieri (SP) und Flurin Capaul (FDP) vom 02.07.2025: Gesuch um Erteilung einer Baukonzession bzw. einer Bewilligung zur Betreibung je eines Kiosks beidseits des rechten Brückenkopfs der Quaibrücke bis mindestens 31. Dezember 2035 sowie Vermietung an einen privaten Betreiber bzw. Abgabe im Baurecht

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Flurin Capaul (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4807/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 87 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5211. 2025/229

Dringliche Motion von Markus Knauss (Grüne) und Moritz Bögli (AL) vom 11.06.2025:

Ausreichend dotierte Provenienzforschung der Kunstwerke der Sammlung Bührle im Kunsthaus

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4707/2025).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Markus Knauss (Grüne) ist nicht einverstanden, die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Dringliche Motion wird mit 25 gegen 81 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5212. 2025/309

Dringliche Motion der SP-Fraktion vom 09.07.2025:

Ausreichend dotierte Provenienzforschung der Kunstwerke der Sammlung Bührle im Kunsthaus unter grösstmöglicher Unabhängigkeit und einer strukturellen und nachhaltigen Qualitätssicherung der Forschung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, die Dringliche Motion entgegenzunehmen.

Maya Kägi Götz (SP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4848/2025).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 27. August 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Die Dringliche Motion wird mit 54 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

5213. 2024/520

Motion von Sven Sobernheim (GLP), Pascal Lamprecht (SP) und Ivo Bieri (SP) vom 13.11.2024:

Veröffentlichung von amtlichen Publikationen in digitaler oder gedruckter Form auch durch Dritte, Anpassung der Publikationsverordnung (PubV)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Sven Sobernheim (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3948/2024).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Pascal Lamprecht (SP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 69 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Eingänge

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5214. 2025/457

Beschlussantrag von Roger Bartholdi (SVP), Stefan Urech (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.10.2025:

Verfügbarkeit der Stadtpolizei, Untersuchung und Berichterstattung durch die GPK

Von Roger Bartholdi (SVP), Stefan Urech (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 1. Oktober 2025 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats (GPK) wird beauftragt, die aktuellen Vorfällen der Stadtpolizei über ihre Verfügbarkeit zu untersuchen. Die GPK erstattet dem Gemeinderat einen Bericht.

Untersucht werden sollen insbesondere

- 1. Die aktuellen Vorfällen (Fall 1: Angriff eines mutmasslichen Syriers auf eine Frau im Tram; Fall 2: mutmassliche sexuelle Belästigung und Morddrohungen an eine Höngger Ladenbesitzerin). Weshalb war die Stadtpolizei nicht in der Lage oder nicht gewillt eine sofortige Fahndung nach der flüchtenden Täterschaft zu lancieren und die unmittelbare Betreuung der Opfer vor Ort umgehend sicherzustellen?
- 2. Bei Kenntnisnahme von zusätzlichen Ereignissen über ähnliche Vorfälle sollen diese ebenfalls durch die GPK geprüft werden.
- 3. Welche Auswirkungen haben planbare Grossveranstaltungen wie das Zürcher Knabenschiessen auf die Verfügbarkeit der Stadtpolizei? Sind die Korpsangehörige in ähnlicher Anzahl für den polizeilichen Grundauftrag zur Verfügung oder ist die Zahl bei Grossveranstaltungen reduziert?
- 4. Werden bei Grossveranstaltungen mit grossem Menschenaufkommen wie das Zürcher Knabenschiessen bei allfälligen eigenen Lücken Unterstützung aus anderen Corps (Vorstoss GR-2010/99) wie die Kantonspolizei, Stadtpolizei Winterthur oder aus anderen Städten und Kantonen eingefordert, wie es die Zürcher Stadtpolizei in Basel beim ESC getan hat? Sind die anderen Corps ebenso bereit die Stadt Zürich zu unterstützen?

- 5. Um eine Übersicht der personalintensiven Ereignisse der Stadtpolizei zu erhalten, sollen Daten erhoben werden: Wie viele Veranstaltungen (inkl. Demonstrationen und Kundgebungen, analog GR Nr. 2019/471) finden in der Stadt Zürich statt, inklusive Entwicklung zu anderen Jahren? Wie viele andere Ereignisse finden zusätzlich statt, welche grössere personelle Ressourcen der Stadtpolizei benötigen (wie Risikospiele beim Fussball, Fangewalt, Grosskontrollen, Gruppierungen die stören und Gewalt verursachen, etc.)? Ein Fokus der Daten soll auf die Ereignisse, die möglicherweise zur gleichen Zeit oder zeitüberschneidend stattfanden und auch zukünftig stattfinden könnten.
- 6. Welche Auswirkungen haben Unterbesetzungen (zur Zeit sollen es 89 Stellen sein) bei der Stadtpolizei? Wie sieht die Arbeitsbelastung (Mehrarbeit, Erholung, Bezug von Ferien, Zufriedenheit der Angestellten, Fluktuation) der Stadtpolizei aus? Was könnten die Gründe sein, dass die Stadtpolizei eine Unterbesetzung hat, die Kantonspolizei scheinbar nicht?
- 7. Welche Erkenntnisse zieht die Stadtpolizei und der Stadtrat aus den oben genannten Aspekten und Vorfällen? Welche Massnahmen sind ausser der kommunizierten Erhöhung des Corps geplant?
- 8. Welche Empfehlungen sind nach Prüfung der Fakten aus Sicht der GPK sinnvoll?

Begründung:

Die grösste schweizerische Tageszeitung titelte am 19.9.25: «Keine Reaktion auf Notruf: Warum Zürichs Stadtpolizei am Limit arbeitet». Auch in der Bevölkerung mehren sich kritische Stimmen und Texte in Onlineforen, dass die publizierten Fälle keine Einzelfälle sind. Deshalb sind diese Fälle und allfällige weitere Ereignisse von der GPK zu untersuchen, die Fakten zu klären, vor allem wenn es um die personellen Ressourcen und Verfügbarkeit der städtischen Polizeikräften handelt.

Auf ihrer Homepage schreibt die Polizei: «Die Stadtpolizei Zürich (Stapo) ist während 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr für Zürich und seine Bevölkerung da. Sie sorgt für Sicherheit und Ordnung.»

Unsere Vision (der Stadtpolizei)

«Zürich ist die sicherste Grossstadt der Schweiz dank der besten Polizei.»

Zahlen und Fakten (der Stadtpolizei)

Rund 1700 vereidigte Korpsangehörige sowie über 500 Zivilangestellte sorgen dafür, dass die polizeiliche Versorgung auf dem Gebiet der Stadt Zürich stets gewährleistet ist.

Umso mehr gilt es zu untersuchen, ob diese Aussagen der Stadtpolizei jederzeit und überall auf dem Stadtgebiet der Realität entsprechen und andernfalls geeignete Massnahmen zu ergreifen sind.

Mitteilung an den Stadtrat

5215. 2025/458

Motion der Die Mitte/EVP-, AL-, SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 01.10.2025: Ausbau der Angebote im Bereich der Offenen Jugendarbeit für Jugendliche der Mittelstufe

Von der Die Mitte/EVP-, AL-, SP-, Grüne- und GLP-Fraktion ist am 1. Oktober 2025 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Kreditschaffende Weisung vorzulegen, um die Angebote im Bereich der Offene Jugendarbeit in der Stadt Zürich für Jugendliche der Mittelstufe auszubauen.

Begründung:

Die Offene Jugendarbeit in der Stadt Zürich fokussiert aktuell primär auf Jugendliche der Oberstufe – die Angebote sind entsprechend auf diese Zielgruppe ausgerichtet.

Die verschiedenen Altersgruppen haben einen unterschiedlichen Bedarf und verschiedene Themenschwerpunkte. Die Jugendarbeit muss dementsprechend für Jugendliche der Mittelstufe andere Angebote zur Verfügung stellen als für Jugendliche der Oberstufe. Dafür werden auch entsprechende personelle, räumliche und finanzielle Ressourcen benötigt. Aktuell stehen der Offenen Jugendarbeit nicht genügend Ressourcen zur Verfügung, um diesem Bedarf adäquat zu begegnen.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass Jugendliche der Mittelstufe gehäuft mit herausfordernden Themen wie Mobbing, Ausgrenzung und psychischer Überlastung konfrontiert sind.

Dies zeigt sich zum einen im Schulbereich – aber klar auch im Freizeitbereich. Die Jugendarbeitsstellen in der Stadt Zürich weisen seit längerem auf diese Problematik hin, sind aber nicht in der Lage sie selbst anzugehen, weil klar zu wenig Ressourcen zur Verfügung stehen. Auch die Schulen weisen vermehrt auf dieses Problem hin und befürworten ein solches zielgruppenspezifisches Angebot im ausserschulischen Bereich.

Um diese Lücke zu füllen, wird ein Ausbau der Angebote für Jugendliche der Mittelstufe gefordert. Geeignet als Anbieterin dafür wären insbesondere die Gemeinschaftszentren – wo teilweise bereits entsprechende Angebote bestehen und daran angeknüpft werden könnte.

Die neuen Angebote für die Zielgruppe Mittelstufe sollen nicht auf Kosten der bestehenden Angebote im Bereich der Zielgruppe Oberstufe eingeführt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

5216. 2025/459

Motion von Anjushka Früh (SP) und Luca Maggi (Grüne) vom 01.10.2025: Strategie zur Einforderung eines angemessenen Anteils an preisgünstigen Wohnungen bei Wohnbaugeschäften mit gewinnorientierten Privaten, die nicht bereits von § 49b PBG erfasst sind

Von Anjushka Früh (SP) und Luca Maggi (Grüne) ist am 1. Oktober 2025 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beaufragt, eine Strategie zu entwickeln, wie die Stadt bei Wohnbaugeschäften mit gewinnorierten Privaten, welche nicht bereits von § 49b PBG erfasst sind, die Bereitstellung eines dauerhaft gesicherten, angemessenen Anteils an preisgünstigen Wohnungen, die nach dem Grundsatz der Kostenmiete vermietet werden, einfordern kann. Der Gemeinderat ist mittels Berichterstattung über die Strategie in Kenntnis zu setzen.

Begründung:

Zürich braucht dringend mehr bezahlbare Wohnungen. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen in der Stadt Zürich ist eklatant und verschärft sich zunehmend. Die Situation für Mieter:innen in der Stadt Zürich wird immer schwieriger. Immobilienkonzerne haben ihre Stellung auf dem Zürcher Wohnungsmarkt in den vergangenen Jahren massiv ausgebaut und private Eigentümer:innen überholt. Deren Wohnungen sind im Durchschnitt doppelt so teuer als bei gemeinnützigen Wohnbauträgern.

Auch die gewinnorientierten Privaten sind in die Pflicht zu nehmen, preisgünstigen Wohnraum anzubieten und ihre diesbezügliche gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen. Dies nicht nur bei Geschäften, welche aufgrund erhöhter Ausnützungsmöglichkeiten bereits von § 49b PBG erfasst sind. Auch bei Wohnbaugeschäften ohne Mehrausnützung i.S.v. § 49b PBG soll ein angemessener Anteil an dauerhaft gesicherten preisgünstigen Wohnungen i.S. der Kostenmiete durch die gewinnorientierten Privaten angeboten werden und dies entsprechend bei den Wohnbaugeschäften auch eingefordert werden. Klar definierte diesbezügliche Vorgehensweisen liegen auch im Interesse der Privaten, da dies ihre Planungssicherheit erhöht.

Diese dauerhafte Sicherung der preisgünstigen Wohnungen ist von erheblicher Wichtigkeit, als dass selbst wenn die gewinnorientierten Privaten in den genannten Geschäften einen Anteil an «preisgünstig» beworbenen Wohnungen - wenn auch nicht im Sinne der Kostenmiete - anbieten, keine Sicherheit besteht, dass dies auch dauerhaft der Fall sein wird.

Damit kann der genannten Entwicklung entgegengewirkt werden und die Situation für die Mieter:innen in der Stadt Zürich entschärft werden, wodurch auch die Kaufkraft gestärkt wird, was wiederrum dem lokalen Gewerbe zugute kommt und Arbeitsplätze und Steuereinnahmen generiert.

Mitteilung an den Stadtrat

5217. 2025/460

Postulat der AL-, Die Mitte/EVP-, SP- und Grüne-Fraktion vom 01.10.2025: Erhöhung der Ressourcen für die Offene Jugendarbeit für die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen

Von der AL-, Die Mitte/EVP-, SP- und Grüne-Fraktion ist am 1. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie die Ressourcen für die Offene Jugendarbeit in der Stadt Zürich für die Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen erhöht werden können – mit dem Ziel, junge Erwachsene in der sensiblen Übergangsphase vom Jugend- ins Erwachse-nenalter punktuell und niederschwellig zu unterstützen.

Begründung:

Die Offene Jugendarbeit der Stadt Zürich richtet sich derzeit primär an Jugendliche bis 18 Jahre. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass viele junge Menschen auch nach Erreichen der Volljährigkeit weiterhin Unterstützung benötigen – insbesondere in Übergangsphasen wie:

- dem Wechsel von der obligatorischen Schulzeit in die Berufsausbildung oder ins Berufsleben,
- dem Einstieg in die erste Arbeitsstelle,
- dem Ablösungsprozess vom Elternhaus,
- dem eigenständigen Umgang mit Finanzen und administrativen Aufgaben,
- der Orientierung bei psychosozialen Herausforderungen.

Viele dieser jungen Erwachsenen befinden sich in prekären oder unsicheren Lebenssituationen und fallen durch die Lücken des bestehenden Systems – insbesondere, wenn sie keine Unterstützung durch Familie oder Institutionen erhalten.

Ein niederschwelliger Zugang über die Volljährigkeit hinaus, zu bekannten Bezugspersonen aus der Offenen Jugendarbeit – mit denen oft bereits ein Vertrauensverhältnis besteht – kann entscheidend dazu beitragen, dass das Selbstwertgefühl der jungen Erwachsenen sowie die Handlungs- und Sozialkompetenzen der jungen Erwachsenen gestärkt wird.

Eine Erweiterung der Offenen Jugendarbeit auf die Zielgruppe der 18- bis 25-Jährigen wäre ein zukunftsgerichteter und wirkungsvoller Beitrag zur sozialen Integration und Chancengleichheit in der Stadt Zürich.

Mitteilung an den Stadtrat

5218. 2025/461

Postulat von Stefan Urech (SVP), Yves Peier (SVP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 01.10.2025:

Kunsthaus Zürich, Wiedereinführung der Bezahlung mit Bargeld

Von Stefan Urech (SVP), Yves Peier (SVP) und Sebastian Vogel (FDP) ist am 1. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Kunsthausgesellschaft dazu bewegt werden kann, beim Eintritt ins hoch subventionierte Kunsthaus der Stadt Zürich wieder die Möglichkeit der Bezahlung mit Bargeld anzubieten.

Begründung:

Bargeld ist in der Schweiz ein gesetzliches Zahlungsmittel und soll auch im Alltag praktisch nutzbar bleiben. Es ist nicht einzusehen, warum Besucherinnen und Besuchern der Zugang zum Kunsthaus durch eine rein bargeldlose Eintrittsregelung erschwert wird.

Darüber hinaus schätzen viele Bürgerinnen und Bürger und Touristen Bargeld, weil es einfach, direkt und ohne zusätzliche Kosten genutzt werden kann. Auch aus Gründen der persönlichen Freiheit und des Datenschutzes ist es wichtig, dass Barzahlung nicht systematisch verdrängt wird: Wer bar bezahlt, hinterlässt keine digitale Spur, was in einer Zeit zunehmender Überwachung und Datensammlung ein legitimes Anliegen ist.

Die Möglichkeit, beim Eintritt ins Kunsthaus bar zu bezahlen, ist daher nicht nur eine Frage der Nutzerfreundlichkeit, sondern auch des Respekts gegenüber der Wahlfreiheit im Zahlungsverkehr.

Postulat von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Selina Walgis (Grüne) und Sophie Blaser (AL) vom 01.10.2025:

Personen, die Sozialhilfe, Asylfürsorge oder Nothilfe beziehen, Ausrichtung einer monatlichen Pauschale für die Beschaffung notwendiger Menstruationshygieneartikel

Von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Selina Walgis (Grüne) und Sophie Blaser (AL) ist am 1. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie Personen, die Sozialhilfe, Asylfürsorge oder Nothilfe beziehen und menstruieren, zusätzlich zur regulären Sozialhilfeleistung eine monatliche Pauschale für die Beschaffung notwendiger Menstruationshygieneartikel erhalten können. Diese Pauschale ist zweckgebunden, nicht anrechenbar auf andere Bedarfspositionen und orientiert sich an den durchschnittlichen Marktpreisen für Hygieneartikel. Alternativ kann ein Einmalbetrag für Menstruationstassen alle zwei Jahre ausbezahlt werden, wenn die Person Menstruationstassen verwenden kann und möchte.

Begründung:

Menstruationsartikel sind notwendige Hygieneprodukte und keine Luxusgüter. Diese sind jedoch sehr teuer. Die derzeitige Berechnung der Sozialhilfe, Asylfürsorge und Nothilfe berücksichtigt diese geschlechtsspezifischen Mehrkosten nicht und führt dadurch zu einer strukturellen Benachteiligung. Besonders stark betroffen sind Familien mit menstruierenden Minderjährigen. Ist die erste Menstruation schon schambehaftet genug, sollte der Kauf von Menstruationsprodukten keine zusätzlichen finanziellen Schwierigkeiten mit sich bringen.

Das Postulat soll dazu beitragen, Periodenarmut zu verhindern. Es darf nicht sein, dass Menstruierende sich keine Menstruationsartikel leisten können und auf ungeeignete Alternativen zurückgreifen müssen. Um Ausgrenzung und Scham zu verhindern, ist es wichtig, dass diese Unterstützungsmassnahme ergriffen wird. Zudem kann es ohne ausreichenden Zugang zu Menstruationsartikeln zu gesundheitlichen Problemen kommen.

Mitteilung an den Stadtrat

5220. 2025/463

Postulat von Selina Walgis (Grüne), Julia Hofstetter (Grüne) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) vom 01.10.2025:

Freibad Auhof in Schwamendingen, Nutzung als Stadtpark während des Winterhalbjahres

Von Selina Walgis (Grüne), Julia Hofstetter (Grüne) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) ist am 1. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie das Freibad Auhof in Schwamendingen möglichst bald jeweils während des Winterhalbjahrs als Stadtpark zugänglich gemacht werden kann.

Begründung:

Schwamendingen ist ein Stadtteil mit stark wachsender Bevölkerung. Diese ist auf gut erreichbare sowie frei zugängliche Grün- und Erholungsräume angewiesen. Mit der fortschreitenden Verdichtung im Quartier steigt die Bedeutung wohnungsnaher Grünflächen kontinuierlich. Sie tragen dazu bei, den Bewohner*innen Erholung, Bewegung und Begegnung im Alltag zu ermöglichen.

Das Freibad Auhof ist eine etablierte Anlage, deren Areal im Winterhalbjahr bislang ungenutzt bleibt. Es ist eine verpasste Chance, wenn eine so schöne Grünfläche während dieser Monate geschlossen bleibt. Stattdessen könnte das Freibad in dieser Zeit als Stadtpark geöffnet werden. Dadurch würde der Bevölkerung ein zusätzlicher Mehrwert geboten. In den Freibädern Letzigraben, Allenmoos, Mythenquai und Tiefenbrunnen wurde dies bereits erfolgreich umgesetzt. Angestossen wurde dies durch eine Petition der Grünen Kreis 3/9, welche die ganzjährige Zugänglichkeit der Letzibadi als 4-Jahreszeiten-Stadtpark forderte.

Bei den bevorstehenden Instandsetzungsarbeiten und bei der Erweiterung des Freibads Auhofs, welche es dank den Grünen vorgenommen wird, soll das Anliegen der ganzjährigen Öffnung mitgedacht werden.

Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Julia Hofstetter (Grüne) vom 01.10.2025: Zürcher Sport-Ferienlager in Fiesch, Menüangebot gemäss den Klimazielen der Stadt und den Ernährungsrichtlinien der städtischen Schulen

Von Selina Walgis (Grüne) und Julia Hofstetter (Grüne) ist am 1. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie das Menüangebot im Zürcher Sport-Ferienlager in Fiesch so ausgestaltet werden kann, dass es den Klimazielen der Stadt Zürich entspricht und gleichzeitig den Ernährungsrichtlinien für die Schulen der Stadt Zürich gerecht wird.

Begründung:

Die Ernährung trägt massgeblich zur Umweltbelastung bei. Um die Klimaziele der Stadt Zürich zu erreichen, ist es daher entscheidend, auch im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung Massnahmen zu ergreifen. Die Ernährungsrichtlinien für die Schulen der Stadt Zürich geben vor, dass Fleischgerichte maximal dreimal pro Woche angeboten werden sollen. Pflanzliche Menüs sollen dabei den Standard bilden. Diese Richtlinien gewährleisten nicht nur eine klimafreundlichere Ernährung, sondern entsprechen auch den aktuellen ernährungswissenschaftlichen Empfehlungen für eine ausgewogene und gesundheitsfördernde Kost.

Das Zürcher Sport-Ferienlager in Fiesch nimmt eine besondere Rolle ein: Jedes Jahr verbringen zahlreiche Kinder und Jugendliche dort ihre Ferien und nehmen täglich mehrere Mahlzeiten zu sich. Damit ist das Ferienlager nicht nur ein wichtiger Ort der Freizeitgestaltung, sondern auch ein Lern- und Erfahrungsraum, in dem nachhaltige und gesunde Ernährung vorgelebt werden kann.

In vergangenen Lagern wurde täglich Fleisch oder Fisch angeboten. Eine Anpassung des Menüplans im Ferienlager an die städtischen Richtlinien würde sowohl einen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen leisten als auch ein wichtiges Signal an Kinder, Jugendliche und Eltern senden, dass die Stadt Zürich ihre Klimaziele konsequent umsetzt und Verantwortung übernimmt.

Mitteilung an den Stadtrat

5222. 2025/465

Postulat von Julia Hofstetter (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 01.10.2025: Gesundes und klimafreundliches Menüangebot in den Gruppenhäusern der Stadt

Von Julia Hofstetter (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) ist am 1. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie das Menüangebot in den Gruppenhäusern der Stadt Zürich gesund und klimafreundlich, das heisst vegetarisch, gestaltet werden kann.

Begründung:

Die Stadt Zürich hat sich basierend auf den beiden Volksentscheiden zu Netto-Null-2040 und zur Nachhaltigen Ernährung das Ziel gesetzt, dass die ernährungsbedingten Emissionen bis 2040 um 40 Prozent sinken. Zudem sollen bis 2026 mindestens 50 Prozent der eingesetzten Produkte nachhaltig sein. Das Schul- und Sportdepartement führt in verschiedenen Regionen in der Schweiz (Graubünden, Tessin und Westschweiz) sechs Gruppenhäuser für Klassenlager, Skilager, Lernwochen, etc.. In den Gruppenhäusern Les Arses (Charmey), Victoria (Chexbres), Chasa Plans (Lavin), Casa per Solari (Sonvico) und Tgiesa Canols (Valbella) buchen die Schulen ihre Lager mit Vollpension. Dieses Menuangebot soll klimafreundlich, das heisst vegetarisch sein, und pflanzliche Menus können ausprobiert werden, denn Theorie und Praxis gehören zusammen. Die Jugendlichen erleben so direkt, dass nachhaltiges Essen nicht nur gut fürs Klima und die Gesundheit ist, sondern auch schmeckt. Dadurch wird naturwissenschaftliches Wissen lebendig und im Alltag verankert.

Postulat von Ronny Siev (GLP) und Karin Weyermann (Die Mitte) vom 01.10.2025: Städtische Sportanlagen, Zulassung von Lautsprecherdurchsagen, die hauptsächlich kommerziellen Reklamezwecken dienen

Von Ronny Siev (GLP) und Karin Weyermann (Die Mitte) ist am 1. Oktober 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in der «Ausnahmebewilligung Lärm» für die Sportanlagen in der Stadt Zürich zukünftig Lautsprecherdurchsagen, die hauptsächlich kommerziellen Reklamezwecken dienen, erlaubt werden können.

Begründung:

Die Sportvereine der Stadt Zürich leisten einen wichtigen Beitrag für das gesellschaftliche Zusammenleben in der Stadt. Nur durch grosses ehrenamtliches Engagement ist dies weiterhin möglich. Die Ausnahmeverfügung Lärm der Stadtpolizei der Stadt Zürich zuhanden des Sportamtes der Stadt Zürich untersagt Lautsprecherdurchsagen, die kommerziellen Reklamezwecken dienen sowie das Abspielen von Musik (vgl. Verfügung 2196546-1 vom 27. November 2024). Den städtischen Sportvereinen ist es somit nicht gestattet, Sponsoren über Lautsprecher zu verdanken und sie erhalten deshalb wesentlich weniger Werbeeinnahmen als ihre Konkurrenz ausserhalb der Stadt. Dies hat zur Folge, dass sie Sportler:innen und Trainer:innen schlechter entschädigen können und somit weniger wettbewerbsfähig sind. Sie sind damit auch direkt in ihrer Existenz gefährdet, da auch die Mitgliederbeiträge nicht uneingeschränkt erhöht werden sollen. Unsere Sportvereine sollen die bestmöglichen Rahmenbedingungen erhalten, damit sie ihre wichtige Arbeit weiterführen können.

Mitteilung an den Stadtrat

Der Beschlussantrag, die zwei Motionen und die sieben Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

5224. 2025/467

Dringliche Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne), Sven Sobernheim (GLP), Tanja Maag (AL) und 29 Mitunterzeichnenden vom 01.10.2025: Einführung eines Investitionsplafonds ab 2027, Umgang mit den hängigen Weisungen zu den Rahmenkrediten, Vereinbarkeit mit dem Investitionsplafond und Auswirkungen auf die noch laufenden bzw. offenen Rahmenkredite

Von Markus Knauss (Grüne), Sven Sobernheim (GLP), Tanja Maag (AL) und 29 Mitunterzeichnenden ist am 1. Oktober 2025 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Mit dem Kostenvoranschlag 2026 hat der Stadtrat auch angekündigt, dass er ab 2027 einen Investitionsplafonds einführen will. Dieser Entscheid ist zwar zu begrüssen, aber er überrascht auch, hat doch der Stadtrat in letzter Zeit sehr viele Weisungen verabschiedet, die auf viele Jahre hinaus die Investitionen der Stadt Zürich massgeblich bestimmen werden, resp. die so hoch sind, dass sie jegliche Investitionsplafonds mit grosser Wahrscheinlichkeit bei Weitem sprengen werden. Zu erinnern sind dabei insbesondere an den Rahmenkredit öV von 450 Millionen Franken oder den Rahmenkredit von über 2 Milliarden Franken für den Ausbau der thermischen Netze.

In diesem Zusammenhang stellt sich deshalb nur eine Frage:

- 1. Wie gedenkt der Stadtrat mit den h\u00e4ngigen Weisungen zu den Rahmenkrediten umzugehen? Wird der Stadtrat alle Weisungen f\u00fcr Rahmenkredite zur\u00fcckziehen?
- 2. Falls Nein, wird der Stadtrat den Kommissionen jeweils aufzeigen, wie diese mit dem Investitionsplafond vereinbar sein werden?
- 3. Welche Auswirkungen hat der Investitionsplafonds auf die noch laufenden / offenen Rahmenkredite?

Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne), Brigitte Fürer (Grüne) und Lea Herzig (Grüne) vom 01.10.2025:

Verlängerung der provisorischen Bewilligung für das Parkhaus Sihlquai, Gründe für den Antrag, Restbuchwert der Anlage, geplante Investitionen, Kosten für die Behebung baulicher Mängel, Beitrag für die Erreichung des Klimaziels und Hintergründe für die fehlende Koordination mit dem Weissbuch für die Gebietsplanung rund um den Hauptbahnhof sowie mögliche Umnutzung als Badmintonhalle

Von Markus Knauss (Grüne), Brigitte Fürer (Grüne) und Lea Herzig (Grüne) ist am 1. Oktober 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 2. September 2025 bewilligte die Bausektion des Stadtrates (Rykart, Brander, Leutenegger) ein Baugesuch von Liegenschaften Stadt Zürich, mit dem eine Verlängerung der provisorischen Bewilligung für das Parkhaus Sihlquai von 2029 bis 2041 erteilt wird. Diese Bewilligung steht im Widerspruch zu Volksentscheiden und strategischen Planungen der Stadt Zürich im Klimaschutzbereich.

Deshalb stellen sich folgende Fragen:

- Warum beantragte Liegenschaften Stadt Zürich eine Verlängerung des Betriebs des Parkhauses Sihlquai, das sonst auf Ende 2029 hätte geschlossen werden müssen?
- 2. Das Parkhaus Sihlquai ist seit 1964 in Betrieb, 2009 wurde das Parkhaus saniert. Gibt es einen Restbuchwert der Anlage, die bei einer Stilllegung per Ende 2029 h\u00e4tte abgeschrieben werden m\u00fcssen? Falls ja, warum die Anlage nicht per 2029 inkl. R\u00fcckbaukosten auf Null abgeschrieben?
- 3. Gemäss Bauentscheid entsprechen sämtliche Parkplätze vom 1. Unterschoss bis zum 6. Obergeschoss lediglich Kleinwagenparkplätzen, weshalb der Betrieb nur eingeschränkt erfolgen kann. Plant Liegenschaften Stadt Zürich Investitionen, um Parkplätze auch Nichtkleinwagen zugänglich zu machen?
- 4. Die Zufahrten des Parkhauses sind in Bezug auf das rechtskräftige Strassenprojekt Sihlquai nicht verkehrssicher, teilweise ist auch die Sicherheit der Fussgänger:innen übermässig beeinträchtigt und der Betrieb des Parkhaus belastet Nachbarliegenschaften übermässig. Mit welchen Kosten ist zu rechnen, um diese baulichen Mängel zu beheben? Ist es dem Gemeinderat, auch im Hinblick auf die Integration der Parkhaus Zürich AG in die Stadtverwaltung, möglich, die Investitionen nicht zu bewilligen? Auf welchen Konten werden die Beträge in welchem Budgetjahr eingestellt? Würde die Nichtbewilligung der Kosten zu einer Schliessung des Parkhauses führen?
- 5. 2022 hat die Stadtzürcher Stimmbevölkerung mit sehr grosser Mehrheit dem Klimaschutzziel 2040 zugestimmt. Sämtliche Massnahmen für die Reduktion der Treibhausgasemissionen in ihrem Einflussbereich will die Stadt Zürich bis 2035 umsetzen. Welchen Beitrag leistet die Bewilligung des Parkhauses Sihlquai zur Erreichung des Klimaziels 2035?
- 6. Aktuell hat der Stadtrat mit einem so genannten Weissbuch eine grossräumige Gebietsplanung rund um den Hauptbahnhof vorgelegt. Im Bereich der Museumsstrasse soll es künftig keinen Durchgangsverkehr mehr geben, da dieser Raum für Tramlinien, inkl. einer neuen Tramhaltestelle Sihlbrücke, Velovorzugsrouten und Fussgängerbereiche benötigt wird. Nun hat der geplante Weiterbetrieb des Parkhauses Sihlquai aber keinen Niederschlag im Weissbuch gefunden. Dort ist das Parkhaus Sihlquai noch immer mit einer Signatur «Parkhaus, bis 2029 bewilligt» ausgezeichnet. Wieso wurde der Weiterbetrieb des Parkhauses nicht mit dem Weissbuch koordiniert?
- 7. Welche planerischen Absichten hat der Stadtrat in Bezug auf das Gesamtareal Parkhaus Sihlquai/Busbahnhof für den Zeitraum bis 2029 und für den Zeitraum ab 2029 bis 2041? Welche planerischen Arbeiten wurden dazu schon aufgenommen?
- 8. Im Kreis 5 werden immer wieder Räume gesucht. Der Gemeinderat das Postulat 2025/2030 überwiesen, mit dem die Stadt aufgefordert wird, einen neuen Standort für eine Badminton-Halle im Kreis 5 zu suchen. Inwiefern könnte der Standort des Parkhauses ohne Abriss oder ein Teil des Parkhauses bis zu einem endgültigen Abriss als Badmintonhalle (um-) genutzt werden?

Schriftliche Anfrage von Michele Romagnolo (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 01.10.2025:

Beratungen zu Einbürgerungsverfahren durch Expertinnen und Experten, systematische Prüfung der Vorgaben des Bundesrechts, Sicherstellung der Deutschkenntnisse, Kontrollmechanismen betreffend Unabhängigkeit der involvierten Personen und Transparenz- und Offenlegungspflichten sowie Kontrolle der Ausstandspflichten

Von Michele Romagnolo (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) ist am 1. Oktober 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Tagblatt vom 19.September 2025 wurde berichtet, dass die Sozialdemokratische Partei (SP) im Kanton Zürich Beratungen zu Einbürgerungsverfahren durch Expertinnen und Experten anbietet. Dies wirft zusätzlich Fragen im Hinblick auf die Unabhängigkeit der involvierten Personen auf:

Gemäss den bundesrechtlichen Bestimmungen zur Einbürgerung ist vorgesehen, dass Personen, die ein Einbürgerungsverfahren durchlaufen, insbesondere über ausreichende Kenntnisse einer Landessprache verfügen müssen. Dazu gehören sowohl mündliche als auch schriftliche Sprachkenntnisse.

Ferner ist in den rechtlichen Grundlagen festgehalten, dass eine Person nicht eingebürgert werden darf, wenn die erforderlichen sprachlichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Prüft der Stadtrat systematisch, ob die Vorgaben des Bundesrechts im Rahmen von Einbürgerungverfahren vollständig eingehalten werden, insbesondere hinsichtlich der Sprachkompetenzen (schriftlich und mündlich)?
- 2. Wie wird sichergestellt, dass Bewerberinnen und Bewerber über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen und nicht ausschliesslich mit fremdsprachigen Redewendungen auftreten.
- 3. Welche Kontrollmechanismen bestehen, um sicherzustellen, dass Personen, die am Einbürgerungsverfahren mitwirken (z.B. Mitarbeitenden der Verwaltung, Mitglieder politischer Gremien), unabhängig und nicht befangen sind?
- 4. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass keine Interessenkonflikte entstehen, wenn Organisationen oder Parteien Beratungsangebote machen, während deren Mitglieder gleichzeitig in Verwaltungsstellen oder politischen Gremien über Einbürgerungen mitentscheiden?
- 5. Bestehen Transparenz oder Offenlegungspflichten für Personen, die einerseits an Entscheidungsprozessen beteiligt sind, anderseits aber auch in beratenden Organisationen tätig sind?
- 6. Gelten in solchen Fällen konkrete Ausstanspflichten, und wie wird deren Einhaltung kontrolliert?
- Gibt es in der Vergangenheit Fälle, in denen solche Befangenheit oder Unabhängigkeitsfragen festgestellt wurden?

Fall ja: Welche Konsequenzen wurden daraus gezogen.

Mitteilung an den Stadtrat

Kenntnisnahmen

5227. 2025/243

Schriftliche Anfrage von David Ondraschek (Die Mitte), Thomas Hofstetter (FDP) und Pascal Lamprecht (SP) vom 18.06.2025:

Baukosten bei städtischen Projekten, Faktoren mit Einfluss auf die effektiven Kosten, Vergleich der Kostenschätzungen von der Vorstudie bis zu den effektiven Kosten bei ausgewählten Projekten

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2998 vom 24. September 2025).

Schriftliche Anfrage von Pascal Lamprecht (SP) und David Ondraschek (Die Mitte) vom 18.06.2025:

Baugenehmigungsverfahren bei Wohn- und Gewerbebauten, Einbezug städtischer Stellen in die Projektplanung, mögliche Einführung eines «Case-Manager»- Prinzips, Optimierungsbedarf und -möglichkeiten, Anzahl Rekurse gegen Baubewilligungen und gesetzliche Bestimmungen, die zu Verzögerungen führen sowie Standardisierung von Anforderungen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2888 vom 17. September 2025).

5229. 2025/249

Schriftliche Anfrage von Sven Sobernheim (GLP) und Serap Kahriman (GLP) vom 18.06.2025:

Strategieentwicklung zum städtischen Areal MFO West, Anzahl Wohnungen bei maximaler Ausnutzung und bei Einbezug der Werkhalle 87s, Veränderung des Kaufpreises bei mehr Wohnungen, Hintergründe zur Kulturnutzung mit Bezug zum Quartier und Gründe für einen Verzicht auf einen Kindergarten sowie Entscheid über die mögliche städtische Bauherrschaft

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2880 vom 17. September 2025).

5230. 2025/265

Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP), Barbara Wiesmann (SP) und Christian Häberli (AL) vom 25.06.2025:

Auftragsvergabe an die Firma «VMware», Art der Ausgabe gemäss Gemeindeordnung und Höhe in den letzten 10 Jahren, mögliche Alternativen und Gründe gegen eine andere Lösung, Nutzen dieser Ausgabe und Teilnahme von städtischen Mitarbeitenden an Anlässen mit einem Sponsoring der involvierten Firmen sowie Applikationsanteile auf virtualisierten und dedizierten Servern

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2879 vom 17. September 2025).

5231. 2025/266

Schriftliche Anfrage von Florine Angele (GLP), Matthias Renggli (SP) und Walter Anken (SVP) vom 25.06.2025:

Wasserrohrbrüche 2025, Ereignisse im laufenden Jahr und Entwicklung in den letzten 10 Jahren, Verteilung auf die Stadtkreise, Ursachen, Zusammenhang der drei Rohrbrüche im Kreis 6, Lebensdauer von Wasserrohrleitungen, Zustand der Infrastruktur und Massnahmen zur Verhinderung von Rohrbrüchen sowie Angaben zur Höhe und Übernahme der Schäden

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2890 vom 17. September 2025).

Schriftliche Anfrage von Pascal Lamprecht (SP), Liv Mahrer (SP) und Nadina Diday (SP) vom 25.06.2025:

Städtische Sportstrategie und Bedürfnisse des nicht-organisierten Breitensports, Priorisierung der Sportbauten und Gründe für Projektverschiebungen, Massnahmen zur Deckung des Bedarfs an niederschwelligen Bewegungsräumen, Unterstützung von privaten Betreibenden von Sportanlagen sowie Berücksichtigung der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2892 vom 17. September 2025).

5233. 2025/268

Schriftliche Anfrage von Luca Maggi (Grüne) und Tanja Maag (AL) vom 25.06.2025:

Nutzung der städtischen Kollektivunterkunft (SKU) Triemli durch die Asyl-Organisation Zürich (AOZ), vorgesehene Belegungszahlen und Zahlen seit 2024, Nutzung der sanitären Anlagen, durchschnittliche Unterbringungsdauer, Gründe für die Catering-Lösung, Unzufriedenheiten der Bewohnenden und Pläne für eine geeignetere Unterkunft sowie Angaben zu den Fallzahlen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2893 vom 17. September 2025).

5234. 2025/293

Schriftliche Anfrage von Martin Busekros (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 02.07.2025:

Polizeieinsatz an der Wohndemo vom 5. April 2025, Verantwortlichkeit für das Einsatzdispositiv der Stadtpolizei, Hintergründe zu den Filmaufnahmen, Anlegung von Fichen, Gründe für die Sperrung diverser Strassen sowie mögliche Einschüchterungstaktik gegenüber älteren Demonstrationsteilnehmenden

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2883 vom 17. September 2025).

5235. 2025/294

Schriftliche Anfrage von Derek Richter (SVP), Roger Bartholdi (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) vom 02.07.2025:

Parkbussen für Motorräder und -roller, rechtliche Grundlagen, Information der Öffentlichkeit, Anzahl Motorräder und Parkplätze, Verhältnismässigkeit der Bussen, Kulanzkriterien und Anreize für umweltfreundliche Fahrzeuge sowie Verhinderung einer unverhältnismässigen Belastung für das Gewerbe

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2882 vom 17. September 2025).

Schriftliche Anfrage von Martina Zürcher (FDP) und Andreas Egli (FDP) vom 09.07.2025:

Mögliche Schliessung der Quartierwache Höngg, Betriebshorizont der Wache, künftige Präsenz der Stadtpolizei und Nutzung des Gebäudes sowie Sicherung einer gut besuchten Erdgeschossnutzung bei einem allfälligen Verkauf

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2884 vom 17. September 2025).

5237. 2025/345

Schriftliche Anfrage von Oliver Heimgartner (SP) und Dominik Waser (Grüne) vom 20.08.2025:

Längerer Stillstand im Rahmen der Jahresrevision des Kernkraftwerks Gösgen, Informationen über die Probleme und Sicherheitsdefizite, finanzielle Konsequenzen und Weiterverrechnung der Mehrkosten

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 2891 vom 17. September 2025).

5238. 2023/358

Weisung vom 12.07.2023:

Sicherheitsdepartement, Verordnung über die Parkierungs- und Zufahrtsbewilligungen (Parkkartenverordnung, PKV), Neuerlass

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 28.09.2025 über folgende Vorlage entschieden:

Parkkartenverordnung, Neuerlass der Verordnung über die Parkierungs- und Zufahrtsbewilligungen (PKV)

63 763 Ja 56 948 Nein

5239. 2024/211

Weisung vom 15.05.2024:

Sicherheitsdepartement, Allgemeine Polizeiverordnung, Teilrevision betreffend Einschränkung Einsatz von Laubbläsern und -saugern, Abschreibung einer Motion

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 28.09.2025 über folgende Vorlage entschieden:

Einsatzbeschränkung Laubbläser und Laubsauger, Teilrevision der Allgemeinen Polizeiverordnung

75 248 Ja 46 717 Nein

5240. 2024/290

Weisung vom 19.06.2024:

Sozialdepartement und Departement der Industriellen Betriebe, Volksinitiative «VBZ-Abo für 365 Franken», Antrag auf Gültigkeit, Ablehnung und Gegenvorschlag, Abschreibung Postulat GR Nr. 2021/274

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 28.09.2025 über folgende Vorlage entschieden:

Volksinitiative «VBZ-Abo für 365 Franken»

78 959 Ja 46 121 Nein

5241. 2024/499

Weisung vom 06.11.2024:

Immobilien Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Ersatzneubau Sportzentrum Oerlikon mit Bade-, Eis- und Rasensportanlage, Werkhof und öffentlichen Freiflächen, neue einmalige Ausgaben, Abschreibung von Postulaten

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 28.09.2025 über folgende Vorlage entschieden:

Ersatzneubau Sportzentrum Oerlikon, Ausgaben von 373 Millionen Franken

80 578 Ja 40 233 Nein

5242. 2024/584

Weisung vom 18.12.2024:

Immobilien Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Rasensportanlage Juchhof 3, Ersatzneubau Garderobengebäude und Umbau von drei Rasenspielfeldern, neue einmalige Ausgaben

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 28.09.2025 über folgende Vorlage entschieden:

Sportanlage Juchhof 3, Ersatzneubau Garderobengebäude und Umbau Rasenspielfelder, Ausgaben von 25,66 Millionen Franken

98 100 Ja 20 997 Nein

Weisung vom 29.01.2025:

Immobilien Stadt Zürich, Ersatzneubau von Haus A im Gesundheitszentrum für das Alter Bachwiesen, neue einmalige Ausgaben, Abschreibung eines Postulats

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 28.09.2025 über folgende Vorlage entschieden:

Ersatzneubau von Haus A des Gesundheitszentrums für das Alter Bachwiesen, Ausgaben von 92,4 Millionen Franken

107 165 Ja 12 888 Nein